



MAX-PLANCK-INSTITUT FÜR SOZIALRECHT UND SOZIALPOLITIK  
MAX PLANCK INSTITUTE FOR SOCIAL LAW AND SOCIAL POLICY

**mea** *Munich Center for the Economics of Aging*

---

**Erwartete Altersarmut in Deutschland: Pessimismus und  
Fehleinschätzungen - Ergebnisse aus der SAVE-Studie**

Martin Gasche, Bettina Lamla

13-2012

---

MEA DISCUSSION PAPERS



**Alte Nummerierung: 264-12**

# Erwartete Altersarmut in Deutschland: Pessimismus und Fehleinschätzungen – Ergebnisse aus der SAVE-Studie

Martin Gasche<sup>1</sup>  
Bettina Lamla<sup>2</sup>

Munich Center for the Economics of Aging (MEA)  
am Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik

Dezember 2012

## **Zusammenfassung**

Haushalte in Deutschland erwarten eine Zunahme der Altersarmut in den nächsten 20 Jahren. Dies ist eines der Ergebnisse der repräsentativen SAVE Studie. 38% der Haushalte glauben sogar mit einer Wahrscheinlichkeit von 70% und mehr, selbst im Alter auf Grundsicherungsleistungen angewiesen zu sein. Für diese Gruppe kann man zum einen feststellen, dass ein sehr großer Teil hinsichtlich des Grundsicherungsbezugs einer Fehleinschätzung unterliegt und zum anderen, dass diese Gruppe sich durch eine besonders pessimistische Einstellung charakterisieren lässt. Fehleinschätzungen bezüglich des Grundsicherungsbezugs sowie Pessimismus können das Verhalten derart beeinflussen, dass die Haushalte weniger vorsorgen und sich somit ihre finanzielle Situation im Alter tatsächlich schlechter darstellt. Anhand der Daten können wir zeigen, dass Haushalte, die Grundsicherung erwarten, sich signifikant von der Gruppe unterscheiden, die keine Grundsicherung erwartet, und tatsächlich ein anderes Spar- und Arbeitsmarktverhalten an den Tag legen.

## **Abstract**

*German households expect an increase in old age poverty in the next 20 years. This is one of the findings from the German SAVE study, a representative household survey. In particular 38% of the households believe that they will rely on social welfare called "Grundsicherung im Alter". We find that these people misjudge their eligibility for the program to a large extent while at the same time they are characterized by a pessimistic attitude. False expectations regarding social welfare coupled with pessimism can change the saving behavior as well as the labor supply decision of individuals. Indeed we find significant differences between households expecting social welfare in comparison to those who think they will not rely on this particular program.*

**JEL-Classification:** J14, H55

---

<sup>1</sup> Kontakt: [gasche@mea.mpisoc.mpg.de](mailto:gasche@mea.mpisoc.mpg.de)

<sup>2</sup> Kontakt: [lamla@mea.mpisoc.mpg.de](mailto:lamla@mea.mpisoc.mpg.de); Ich danke Philipp Rösch für hervorragende Forschungsassistenz im Rahmen dieses Projekts.

## 1. Einleitung

Altersarmut ist derzeit in Deutschland kein großes Problem: Nur rund 2,6% der Menschen im Alter über 65 Jahren sind auf Grundsicherungsleistungen angewiesen. Das Armutsrisiko (weniger als 60% des Medianeinkommens) für Rentner ist nicht größer als für andere Bevölkerungsgruppen (Statistisches Bundesamt, 2012). Trotzdem wird seit längerem vor einer Zunahme der Altersarmut gewarnt. Als Gründe hierfür werden genannt: Die Rentenreformen, die mit der Zeit zu einem sinkenden Rentenniveau führen; längere Zeiten der Arbeitslosigkeit und geringfügiger Beschäftigung in den Erwerbsbiographien, Zunahme des Anteils der niedrig entlohnten Beschäftigten und neue Erwerbsformen wie die sog. Soloselbständigkeit (Börsch-Supan et al., 2013). Zur Frage, in welchem Ausmaß die Altersarmut in Zukunft zunehmen könnte, gibt es derzeit noch wenig belastbare Evidenz.<sup>3</sup> Gleichwohl ist das Thema von der Politik aufgegriffen worden und hat zum Entwurf des Lebensleistungsanererkennungsgesetzes, das später in Alterssicherungsstärkungsgesetz umbenannt wurde, geführt. Das Herzstück dieses sog. Rentenpakets ist die „Zuschussrente“, mit der durch einen Zuschuss zur gesetzlichen Rente die Altersarmut bei denjenigen Versicherten vermieden werden soll, die trotz langer Erwerbsbiographie und Kindererziehung bzw. Pflege nur geringe Rentenansprüche in der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) haben.<sup>4</sup>

Während die Politik offenbar von einer Zunahme der Altersarmut überzeugt ist, stellt sich die Frage, ob die Bevölkerung dies auch so sieht: Expecten die Haushalte in Deutschland eine zunehmende Altersarmut? Gehen die Haushalte davon aus, dass sie selbst von Altersarmut betroffen sein werden? Konkretisiert sich diese Erwartung soweit, dass die Haushalte denken, in Zukunft selbst auf die Grundsicherung im Alter angewiesen zu sein? Diesen Fragen wird im Folgenden anhand einer Auswertung der SAVE Studie nachgegangen. *SAVE (Sparen und AltersVorsorgE in Deutschland)* ist eine seit 2001 erhobene repräsentative Längsschnittstudie, welche sich auf das Vermögen, Spar- und Vorsorgeverhalten deutscher Haushalte konzentriert.

Ziel dieses Beitrags ist es nicht, eine mögliche Zunahme von Altersarmut in Deutschland zu quantifizieren. Vielmehr wird untersucht, was die Haushalte hinsichtlich ihrer eigenen Situation im Alter erwarten und ob sie hierbei Fehleinschätzungen unterliegen und oder durch besonders pessimistische Einstellungen geprägt sind.

---

<sup>3</sup> Arent und Nagl (2012); Geyer (2010) und Kumpmann et al. (2012) versuchen in Mikrosimulationsstudien die zukünftige Altersarmut abzuschätzen mit einem Fokus auf die gesetzliche Rente.

<sup>4</sup> Für eine ökonomische Analyse und Beurteilung des gesamten im März 2012 vorgestellten sog. Rentenpakets vgl. Gasche et al. (2012). Zur Zuschussrente vgl. Gasche (2012).

Psychologische Faktoren in Form von Erwartungen können Einfluss auf die ökonomischen Entscheidungen der Haushalte haben, z.B. bezüglich des Spar- oder des Arbeitsangebotsverhaltens. Letztlich kann es daher durch Pessimismus und Fehleinschätzungen bezüglich der Altersarmut zu einer Art selbsterfüllenden Prophezeiung kommen. Dies könnte durch geeignete sozialpolitische Maßnahmen vermieden werden.

Das Papier ist wie folgt aufgebaut: Im zweiten Abschnitt wird die Datengrundlage beschrieben, bevor in den Abschnitten 3 und 4 die Fragen nach der erwarteten Zunahme der Altersarmut in Deutschland und nach der Selbsteinschätzung des Grundsicherungsbezugs ausgewertet werden. In Abschnitt 5 werden die mit dem erwarteten Grundsicherungsbezug verbundenen Fehleinschätzungen identifiziert. Abschnitt 6 geht der Frage nach, wie die Grundsicherungserwartung mit Pessimismus zusammenhängt. Im siebten Abschnitt wird untersucht, ob sich die Personen, die für sich den Bezug von Grundsicherung im Alter erwarten, hinsichtlich des Spar- und des Arbeitsmarktverhaltens von denjenigen Personen unterscheiden, die keine Grundsicherung erwarten. Die Untersuchung schließt mit einem Fazit und den sozialpolitischen Schlussfolgerungen.

## **2. Datengrundlage**

Die Analyse basiert auf dem SAVE-Datensatz (*Sparen und AltersVorsorgE in Deutschland*). Die seit 2001 erhobene und ab 2005 auf jährlicher Basis durchgeführte SAVE Befragung ist als Längsschnittstudie konzipiert mit dem Ziel, das Spar- und Portfolioverhalten deutscher Privathaushalte zu analysieren.<sup>5</sup> Sie erhebt detaillierte, quantitative Informationen zu traditionellen ökonomischen Variablen (wie zum Beispiel Einkommen, Spareinlagen und Vermögenshöhe), sowie zu relevanten sozio-psychologischen Aspekten auf Basis einer repräsentativen Stichprobe. Als Untersuchungseinheit werden hier und im Folgenden Haushalte betrachtet, d.h. die Befragungsperson und ihr/e Partner/in.

Die Befragten werden auf die im Fokus dieser Analyse stehende Frage nach dem erwarteten Grundsicherungsbezug „vorbereitet“, indem sie zunächst nach ihrem aktuellen Einkommen und nach ihrer Altersvorsorge (gesetzlich, betrieblich, privat) sowie nach sonstigen Realvermögen gefragt werden. Auf diese Art sind die Befragten auf ihre Einkommens- und Vermögenssituation fokussiert. In SAVE 2011 schließt dieser Abschnitt dann mit der Frage nach der Wahrscheinlichkeit, Grundsicherung im Alter zu beziehen. Die Befragten sollen dabei diese Wahrscheinlichkeit auf einer Likert-Skala von 0% (ganz und gar unwahrscheinlich) bis zu 100%

---

<sup>5</sup> Für eine ausführliche Beschreibung des Datensatzes vgl. Börsch-Supan et al. (2009).

(ganz und gar wahrscheinlich) angegeben und dieselbe Einschätzung ggf. für den/die Partner/in abgeben. Um eine detaillierte Untersuchung der Zusammenhänge zwischen Grundsicherungserwartung, Vermögen und weichen Indikatoren wie etwa Sparmotiven durchführen zu können, werden Antworten der Befragten aus vergangenen Wellen mit der Antwort zur Grundsicherungserwartung in SAVE 2011 verbunden.

Für die Analyse von erwarteter Altersarmut werden nur Haushalte betrachtet, die nicht angegeben haben Grundsicherung bereits zu beziehen (1.560 Beobachtungen). Die Umfrage SAVE 2011 wurde zwischen November 2011 und März 2012 erhoben. Somit wurden die Erwartungen der Haushalte nicht durch die seit Spätsommer 2012 geführte öffentliche Diskussion um die Zunahme der Altersarmut beeinflusst.

Der SAVE Datensatz wurde ferner durch ein multiples Imputationsverfahren imputiert, um Verzerrungen durch Item-Nonresponse zu vermeiden.<sup>6</sup> Während dies für die Kernfrage dieser Untersuchung nicht nötig war, da alle Befragten eine Einschätzung zu der Wahrscheinlichkeit, Grundsicherung zu beziehen, gegeben haben, hilft das Imputationsverfahren Verzerrungen bei anderen Variablen, insbesondere den Vermögensangaben, zu vermeiden. Auch wenn man alle Analysen auf Basis der beobachteten und nicht imputierten Stichprobe durchführt, bleiben die hier vorgestellten Ergebnisse robust. Alle Ergebnisse sind unter Verwendung von auf dem Mikrozensus basierenden Gewichten berechnet.

### 3. Erwartete Altersarmut in Deutschland

Die Erwartungen der Haushalte bezüglich Altersarmut können anhand von verschiedenen Fragen in SAVE 2011 untersucht werden. Die direkte Frage nach der **Einschätzung der Entwicklung von Altersarmut in Deutschland** in den nächsten 20 Jahren zeigt, dass rund 86% mit einer Zunahme der Altersarmut rechnen. Dass die Altersarmut zunehmen wird, ist also eine weit verbreitete Meinung und kann nicht nur in der eigenen Situation begründet liegen. Fragt man dann aber nach den Gründen kommt etwas überraschend zu Tage, dass es nicht die üblich genannten Gründe sind, die zu einer Zunahme der Altersarmut beitragen könnten, wie Rentenreformen oder durchlöchernte Erwerbsbiographien. Diese Gründe für Altersarmut werden nur von knapp 3% der Befragten genannt. Immerhin 17% sehen einen Grund für die erwartete Zunahme der Altersarmut in niedrigen Löhnen während des Erwerbslebens und 24% in einer zu geringen eigenen Vorsorge. Der Hauptgrund für die Zunahme der Altersarmut wird aber in der Finanz- und Schuldenkrise gesehen (55%). Mithin lassen sich die Befragten sehr von aktuellen

---

<sup>6</sup> Für eine Beschreibung der Imputationsverfahren vgl. Schunk (2008) und Ziegelmeyer (2009).

Problemen der Wirtschaftspolitik beeinflussen. Die häufig als Vertrauenskrise bezeichnete Entwicklung der letzten Jahre (Guiso, 2011), verstärkt offensichtlich die Unsicherheit über die späteren Renteneinkommen und befördert negative Erwartungen bezüglich des wirtschaftlichen Trends und damit auch bezüglich der Altersarmut. Negative Erwartungen und Unsicherheit gepaart mit mangelndem Vertrauen in die Finanzmärkte können zu Verhaltensänderungen, z.B. im Sparverhalten der Haushalte, führen, sodass eine sinkende gesetzliche Rente nicht durch zusätzliche private Altersvorsorge aufgefangen werden könnte. So argumentieren Ehler und Haak (2011), dass ein anhaltender Vertrauensrückgang zu einem Rückgang der Neuabschlüsse von privaten Altersvorsorge Verträgen, insbesondere von Riester Verträgen, führen könnte.<sup>7</sup>

#### 4. Erwarteter Grundsicherungsbezug

Der vorangehende Abschnitt hat gezeigt, dass ein Anstieg von Altersarmut in Deutschland in der Bevölkerung allgemeinhin erwartet wird. Es stellt sich die Frage, ob die Haushalte dies auch für sich selbst befürchten. Dazu wurde in SAVE 2011 ganz konkret die Frage gestellt, mit welcher Wahrscheinlichkeit die Befragten für sich selbst und ggf. ihre/n Partner/in erwarten, im Alter über so wenige Mittel zu verfügen, dass sie auf **Grundsicherungsleistungen** angewiesen sein werden.<sup>8</sup>

##### ***Grundsicherung im Alter***

Die Grundsicherung im Alter wurde im Jahr 2003 als bedarfsgeprüfte Fürsorgeleistung eingeführt. Anspruch auf Grundsicherung im Alter haben Personen, die das gesetzliche Renteneintrittsalter erreicht haben und hilfebedürftig sind, also ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenem Einkommen und Vermögen bestreiten können. Die im Rahmen der Grundsicherung hauptsächlich gewährten Leistungen sind der Regelsatz der Sozialhilfe (derzeit 374 Euro für alleinstehende Personen) und angemessene Aufwendungen für Unterkunft und Heizung. Bei der Bestimmung der Hilfebedürftigkeit zählen als Einkommen alle zufließenden finanziellen Mittel (z.B. die gesetzliche Renten, Riester-Renten, aber auch kostenlose Unterkunft und Verpflegung). Sie werden vollständig angerechnet, die Grundsicherungsleistungen also um diese Beträge gekürzt. Derzeit haben 79% der Empfänger von Grundsicherung anrechenbares Einkommen. Davon haben aber nur 1,5% Einkommen aus privater Altersvorsorge (Statistisches Bundesamt, 2012). Der Anspruch auf Grundsicherung im Alter ist außerdem vom Einkommen und Vermögen

<sup>7</sup> Vgl. zu den Auswirkungen der Finanzkrise auf die Verbreitung der Riester-Rente auch Gasche und Ziegelmeyer (2010).

<sup>8</sup> Der genaue Wortlaut der Frage befindet sich im Anhang.

des nicht getrennt lebenden Ehegatten, Lebenspartners oder Partners einer eheähnlichen Gemeinschaft abhängig. Anders als bei der Sozialhilfe wird nicht auf Eltern und Kinder zurückgegriffen, soweit deren Einkommen jeweils einen Betrag von 100.000 Euro jährlich nicht überschreitet.

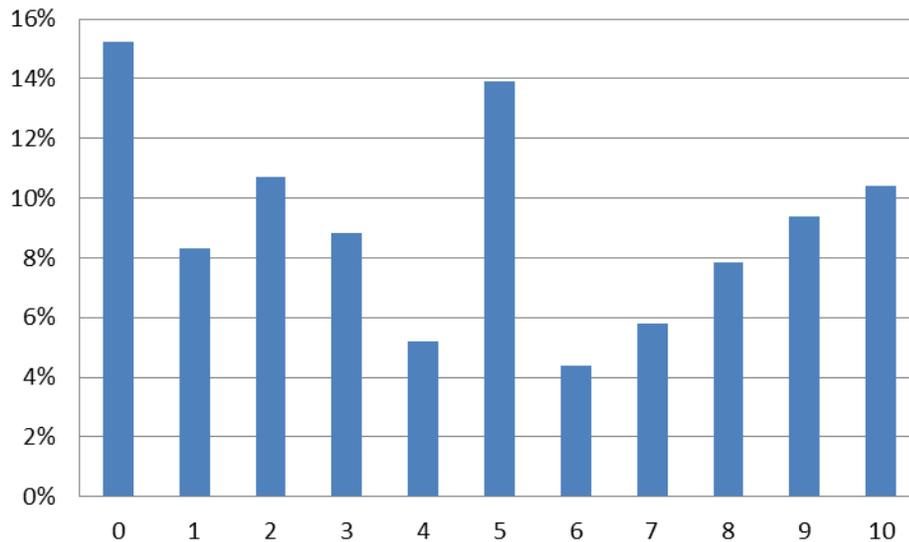
Die Auswertung der SAVE-Frage nach dem erwarteten Grundsicherungsbezug zeigt, dass ein Großteil der Befragten für sich selbst nicht erwartet Grundsicherung zu beziehen. Der am häufigsten angegebene Wahrscheinlichkeitswert ist 0% (vgl. Abbildung 1).<sup>9</sup> Weiterhin gibt ein Anteil von knapp 14% an, mit einer Wahrscheinlichkeit von 50% Grundsicherung im Alter zu beziehen. Dies reflektiert die Unsicherheit vieler Befragter hinsichtlich ihrer finanziellen Zukunft. Fast 35% der Befragten antworten, mit einer Wahrscheinlichkeit von 70% und mehr in Zukunft auf Grundsicherungsleistungen angewiesen zu sein. Auf Haushaltsebene, also unter Einbeziehung der Antwort des/der Partners/in, sind es sogar 38% der Haushalte, die Grundsicherungsbezug für wahrscheinlich halten. Eine Untersuchung auf Haushaltsebene ist sinnvoll, da das Haushaltseinkommen und -vermögen bei der Bedürftigkeitsprüfung für Grundsicherung im Alter miteinbezogen werden. Auch lässt SAVE eine Messung des Finanz- und Realvermögens auf Individualebene nicht zu.

Im Folgenden wird die Gruppe von Haushalten näher betrachtet, die mit einer hohen Wahrscheinlichkeit erwartet, Grundsicherung zu beziehen und damit in diesem Sinne altersarm zu sein. Für die Analyse wird daher eine Dichotomisierung vorgenommen, das heißt Haushalte, in denen der Befragte und/oder der/die Partner/in eine Wahrscheinlichkeit von 70% oder mehr angibt, werden im Folgenden mit der Eigenschaft „Grundsicherung (GS) erwartet“ versehen. Die Haushalte, die mit einer Wahrscheinlichkeit von weniger als 70% mit Grundsicherung rechnen, werden mit „GS nicht erwartet“ bezeichnet.

---

<sup>9</sup> Die Berechnung von Coopers z (Cooper, 1978) – ein Test für den Grad der Zustimmung bei Likert-Skalen – zeigt, dass die Befragten sowie ihre Partner/in im Allgemeinen den Bezug von Grundsicherung für sich für unwahrscheinlich halten.

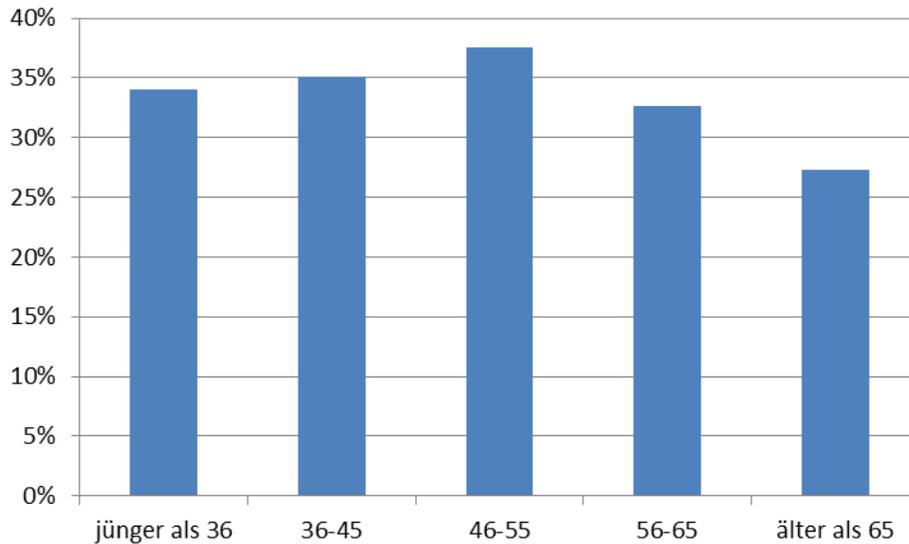
**Abbildung 1: Verteilung der erwarteten Wahrscheinlichkeit Grundsicherung im Alter zu beziehen<sup>a)</sup>**  
 (relative Häufigkeit für die befragte Person ohne Partner)



<sup>a)</sup> 0: ganz und gar unwahrscheinlich; 10: ganz und gar wahrscheinlich.

Quelle: SAVE 2011, eigene Berechnungen.

Differenziert nach **Alter** wird die Wahrscheinlichkeit, Grundsicherung im Alter zu beziehen, insbesondere unter den unter 55-Jährigen als hoch angesehen (vgl. Abbildung 2). Für Ältere ist zum einen der Renteneintritt zeitlich nicht mehr so weit entfernt und zum anderen liegt der Erwerbseintritt weiter zurück. Daher kann von den Älteren die erwartete gesetzliche Rente auf Basis der bald vollendeten Erwerbsbiografie sowie aufgrund sonstiger akkumulierter Vermögen bei Renteneintritt besser abgeschätzt werden. Entsprechend groß ist der Anteil derjenigen, die keine Grundsicherung erwarten, während Jüngere auf Basis eines mit starker Unsicherheit behafteten Lebenseinkommens kalkulieren müssen. Zudem sind jüngere Generationen eher von den Gründen für eine mögliche Zunahme der Altersarmut wie z.B. unterbrochene Erwerbsbiographien betroffen.

**Abbildung 2: Erwarteter Grundsicherungsbezug nach Alter für die befragte Person ohne Partner**

Quelle: SAVE 2011, eigene Berechnungen.

Grundsicherung wird vor allem in Haushalten erwartet, in denen der/die Hauptbefragte eine Frau ist, in ostdeutschen Haushalten und in Single-Haushalten (vgl. Tabelle 1). Die Unterschiede zwischen den Gruppen sind alle statistisch signifikant, mit Ausnahme des Anteils von Haushalten mit Kindern. Damit ist die Grundsicherungserwartung in den Gruppen besonders ausgeprägt, denen man tatsächlich ein höheres Altersarmutsrisiko zuschreibt. Sowohl das Einkommen – gemessen als Durchschnittseinkommen der letzten 5 Jahre – als auch die Vermögenswerte sind bei den Haushalten, die Grundsicherung erwarten, signifikant geringer als bei denen, die die Wahrscheinlichkeit Grundsicherung im Alter zu beziehen, als gering einschätzen. Insoweit zeigen sich die plausiblen Resultate, dass Haushalte, die Grundsicherung befürchten, finanziell schlechter gestellt sind als die Vergleichsgruppe. Besonders groß ist die Diskrepanz zwischen diesen beiden Gruppen bei der Altersvorsorge. Hierbei handelt es sich um die Summe der angesparten Vermögen aus privater Altersvorsorge (insbesondere Riester Verträge, Lebensversicherungen und sonstige nicht-geförderte private Vorsorgeverträgen sowie betriebliche Altersvorsorge). Haushalte, die Grundsicherung erwarten, bilden im Durchschnitt deutlich weniger Vermögen und haben daher in der Rentenphase weniger Kapital, von welchem sie zehren können. Diese Unterschiede werden nicht durch andere Vermögensarten, wie z.B. Immobilien kompensiert.

Genauso wie das durchschnittliche Einkommen der letzten 5 Jahre kann man auch den Bildungsstatus als ein Maß für das permanente Einkommen verwenden (Browning und Lusardi, 1996). Dabei ist das permanente Einkommen dasjenige Einkommen, von dem die Haushalte

annehmen, dass sie es auch in Zukunft erhalten werden. Insbesondere lässt sich Bildung als entscheidender Faktor für die Höhe der gesetzlichen Rente ausmachen (Arent und Nagl, 2012). Unter den Haushalten, die Grundsicherung erwarten, ist der Anteil mit Hauptbefragten mit Abitur deutlich geringer und der Anteil mit Hauptschulabschluss signifikant höher. Die empirische Evidenz zeigt auch, dass Personen mit niedrigen Bildungsabschlüssen weniger sparen (Browning and Lusardi, 1996), seltener „riestern“ (Börsch-Supan et al., 2012) und im Allgemeinen weniger häufig über die Altersvorsorge nachdenken (Lusardi und Mitchell, 2011).

Zudem können zwischen den beiden Gruppen deutliche Unterschiede im Wissen über das Rentensystem festgestellt werden. Im Rahmen eines Moduls zu Finanzwissen in SAVE 2009 wurden die Haushalte gefragt, wofür die Beiträge in der GRV verwendet werden und wie hoch der aktuelle Beitragssatz der GRV sei. Die Frage nach der Verwendung der Beiträge zur GRV beantworteten 52% in der Gruppe, die Grundsicherung nicht erwartet, richtig, nämlich mit „für die heutigen Rentner“. Aus der Gruppe „GS erwartet“ geben nur 44% die richtige Antwort. Der Rest glaubt, dass die heutigen Beiträge ganz oder teilweise für die zukünftigen Rentnergenerationen genutzt werden. Auch die Höhe des Beitragssatzes der GRV können diejenigen, die Grundsicherung erwarten, schlechter einschätzen. Insbesondere fühlt sich ein hoher Anteil dieses Personenkreises nicht in der Lage, eine Schätzung zum Beitragssatz abzugeben.

**Tabelle 1: Deskriptive Statistiken nach „GS nicht erwartet“ im Vergleich zu „GS erwartet“**

	Grundsicherung...	
	nicht erwartet	erwartet
weiblich	0.51 (0.50)	0.59 (0.49)
Alter	50.87 (16.09)	49.47 (14.89)
Ostdeutschland	0.25 (0.43)	0.38 (0.49)
Partner in HH	0.66 (0.48)	0.58 (0.49)
Kinder in HH	0.38 (0.49)	0.41 (0.49)
Schulabschluss Hauptschule/kein Abschluss	0.29 (0.46)	0.36 (0.48)
Realschule	0.36 (0.48)	0.44 (0.50)
Abitur	0.35 (0.48)	0.21 (0.41)
durchschn. HH-Einkommen (2005-2010)	2289.922 (1286.064)	1749.373 (1069.778)
durchschn. Einkommen (2005-2010), äquivalenzgewichtet <sup>1</sup>	1513.813 (826.0977)	1177.418 (694.5242)
Finanzvermögen (Ende 2009)	30580.88 (86922.47)	10853.83 (28550.13)
Immobilieigentum	0.5695728 (0.4953786)	0.4125158 (0.4927443)
Realvermögen (nach Abzug von Schulden) (Ende 2009)	157813.1 (430104.3)	101636.5 (476475.1)
Altersvorsorge (Ende 2009)	16107.74 (34098.15)	8818.826 (22009.1)
N, ungewichtet	1021	539

<sup>1</sup> Gewichtung gemäß OECD-Skala, vgl. OECD (2012).

Quelle: SAVE 2011, eigene Berechnung. Standardfehler in Klammern.

## 5. Fehleinschätzung des Grundsicherungsbezugs

Das Ergebnis eines sehr hohen Anteils von 38% der Haushalte, die Grundsicherungsbezug im Alter für wahrscheinlich halten, im Vergleich zu der jetzigen Situation, in der nur rund 2,6% der über 65-Jährigen tatsächlich Grundsicherung beziehen, kann von unterschiedlichen Faktoren

bestimmt sein. Einer dieser Faktoren könnte sein, dass die Befragten die Voraussetzungen für den Grundsicherungsbezug und die Höhe der Grundsicherungsleistungen nicht gut kennen, aber aufgrund einer relativ geringen erwarteten Rente mit Unterstützung durch den Staat rechnen. Dies könnte allerdings eine Fehleinschätzung sein. Tatsächlich sind die Voraussetzungen für den Grundsicherungsbezug recht streng. Es muss, vereinfacht gesprochen, so wenig Einkommen und Vermögen vorhanden sein, das ein Leben auf dem Niveau des Existenzminimums nicht möglich ist. Der Staat stockt in diesen Fällen die Einkommen auf, sodass zumindest das Existenzminimum gesichert ist. Derzeit liegt der durchschnittliche Bruttobedarf für Personen im Alter ab 65 bei 698 Euro monatlich (Statistisches Bundesamt, 2012). Wer also Alterseinkommen hat, welches dieses Niveau übersteigt, dürfte in der Regel keinen Anspruch auf Grundsicherungsleistungen haben.

Für eine Abschätzung in welchem Ausmaß Personen, die Grundsicherung erwarten, einer Fehleinschätzung unterliegen, wird eine Frage ausgewertet, in der Angaben zur erwarteten gesetzlichen Rente gemacht wurden. Dabei handelt es sich um den in der Renteninformation angegebenen Rentenbetrag, der sich ergibt wenn man in allen Jahren bis zum gesetzlichen Renteneintrittsalter die gleichen Rentenansprüche erwirbt wie im Durchschnitt der vergangenen 5 Jahre. Die Frage wird daher nur Personen gestellt, die sich nicht bereits in Rente befinden. Die Befragten sollten für die Angabe ihre Renteninformation zur Hilfe nehmen. Wenn dies nicht möglich war, sollten sie den Betrag schätzen. Es zeigt sich, dass über 48% derjenigen, die erwarten, auf Grundsicherung angewiesen zu sein, mit einem Renteneinkommen über 700 Euro allein aus der gesetzlichen Rente rechnen können. In der Gruppe „GS nicht erwartet“ sind es 67%.

Im Jahr 2010 wurde in SAVE direkt nach den bereits in der GRV erworbenen Rentenansprüchen in Form von Entgeltpunkten gefragt. Es geht also nicht um die bei Renteneintritt erwartete Rente, sondern um die zum Zeitpunkt der Befragung bereits bestehenden Rentenansprüche. So kann für diejenigen Personen, die bereits 27 Entgeltpunkte erworben haben, mit einiger Sicherheit ausgeschlossen werden, dass sie jemals auf Grundsicherung im Alter angewiesen sein werden.<sup>10</sup> Denn 27 Entgeltpunkte ergeben bewertet mit dem aktuellen Rentenwert West eine Monatsrente von 758 Euro und bewertet mit dem aktuellen Rentenwert Ost von 673 Euro. Dies sind Beträge über dem jeweiligen durchschnittlichen Grundsicherungsniveau. Die Auswertung der Angaben zu den Entgeltpunkten ergibt das erstaunliche Ergebnis, dass nur 50% derjenigen Personen, die Grundsicherung erwarten, weniger als 27 Entgeltpunkte aufweisen. Knapp die

---

<sup>10</sup> Die einzige Voraussetzung ist, dass die durchschnittliche Rentenanpassungsrate nicht niedriger ist als die durchschnittliche Zuwachsrates des Grundsicherungsbetrages.

Hälfte der Haushalte, die Grundsicherung erwarten, haben heute schon, also vor Ende ihres Erwerbslebens, Rentenansprüche, die alleine mit ihrer gesetzlichen Rente das Grundsicherungsniveau übersteigen.

Bei allen Problemen, mit denen die Fragen zu den Rentenansprüchen behaftet sind<sup>11</sup>, scheint doch das Ausmaß der Fehleinschätzung des Grundsicherungsbezugs und damit eine Fehleinschätzung hinsichtlich der eigenen Bedürftigkeit im Alter recht hoch zu sein. Ein Hinweis darauf, dass Fehleinschätzung eine Rolle spielen kann, ergibt sich auch aus dem oben aufgezeigten Ergebnis, dass insbesondere Jüngere den Grundsicherungsbezug für wahrscheinlich halten, der Anteil bei den Älteren dagegen geringer ist, da diese ihr Alterseinkommen schon besser abschätzen können (vgl. Abbildung 2). Ebenso legt die oben beschriebene Tatsache, dass die Gruppe „GS erwartet“ über ein geringeres Wissen über das Rentensystem verfügt, die Vermutung nahe, dass sie auch weniger über das Grundsicherungssystem weiß und es deshalb zu diesen Fehleinschätzungen kommt.

## 6. Pessimismus und erwarteter Grundsicherungsbezug

Der Anteil der Haushalte, die für sich selbst und/oder ihre/n Partner/in einen Grundsicherungsbezug erwarten, und die Tatsache, dass ein großer Teil offenbar einer Fehleinschätzung unterliegt, ist ein Hinweis darauf, dass noch weitere Faktoren bei der Einschätzung der Wahrscheinlichkeit des Grundsicherungsbezugs eine Rolle spielen müssen.

So könnte ein genereller Pessimismus die **Erwartung des Grundsicherungsbezugs begünstigen**. Dabei kann der Pessimismus ganz unterschiedliche Ursachen haben. Dies kann genereller Pessimismus bezüglich des Rentensystems sein („wir kriegen sowieso nichts aus der Rentenversicherung raus“). Es kann sich auch um Pessimismus hinsichtlich der eigenen Lebenssituation oder hinsichtlich der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung handeln.

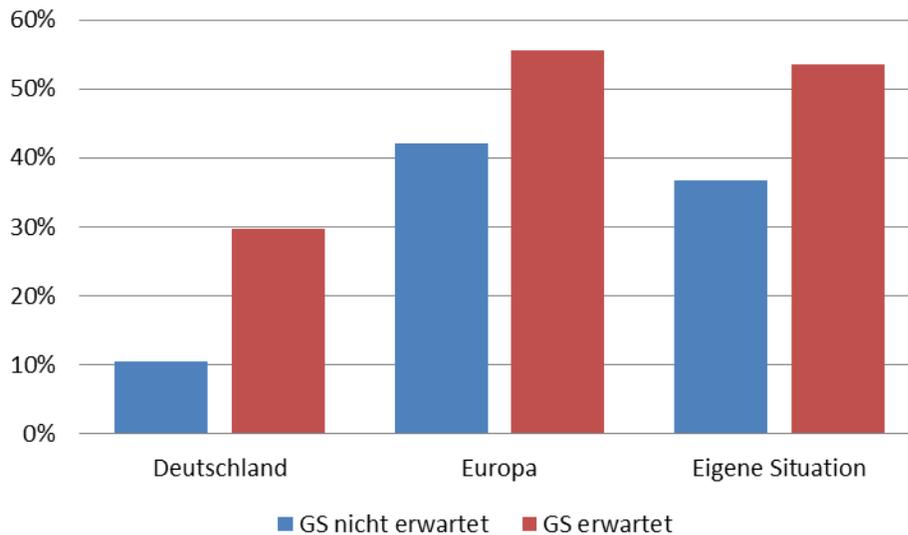
Eine (ökonomische) Messung des psychologischen Merkmals Pessimismus ist in Haushaltsbefragungen nur schwer zu erreichen (Kemper et al., 2012). Schreier und Carver (1985) definieren Pessimismus als negative Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse. Einen Hinweis auf die pessimistische bzw. optimistische Einstellung der Menschen können somit die Fragen nach den Erwartungen hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung in Deutschland, Europa und hinsichtlich der eigenen Situation liefern. Hier stellen wir fest, dass die Erwartungen

---

<sup>11</sup> Dies ist zum Beispiel die Tatsache, dass item non-response bei diesen Fragen für die Haushalte mit „GS erwartet“ signifikant höher ist. Zudem verwenden diese Haushalte signifikant weniger die Renteninformation, geben also eher eine Schätzung ab, was eventuell die Qualität der Antworten beeinträchtigt. Bei der Frage nach den Entgeltpunkten ist ferner nicht bekannt, inwieweit zur Beantwortung die Renteninformation herangezogen wurde.

der Gruppe „GS erwartet“ hinsichtlich der Zukunft durchweg schlechter sind als die Erwartungen derjenigen, die nicht von Grundsicherungsbezug ausgehen (vgl. Abbildung 3).<sup>12</sup> Während negative Erwartungen hinsichtlich der eigenen Situation bei der Gruppe „GS erwartet“ plausibel sind und nicht unbedingt auf einen generellen Pessimismus hindeuten, ist dies bei der Interpretation der signifikant schlechteren Erwartungen dieser Gruppe hinsichtlich der generellen Entwicklung in Deutschland und Europa anders. Hier kann eine pessimistische Einstellung durchaus eine Rolle spielen.

**Abbildung 3: Negative Einschätzung bzgl. zukünftiger Entwicklungen – „GS nicht erwartet“ im Vergleich zu „GS erwartet“**



Quelle: SAVE 2011, eigene Berechnungen.

Ein weiteres Indiz für eine pessimistische Einstellung könnte die Beantwortung der SAVE-Frage nach der Zufriedenheit mit dem eigenen Einkommen und mit dem eigenen Lebensstandard sein. So ist bekannt, dass ein höheres Maß an Optimismus mit einem subjektiv höheren Wohlbefinden einhergeht, auch nachdem für vorherige Lebenszufriedenheit kontrolliert wurde (Carver et al., 2010). Tatsächlich sind 31% der Gruppe „GS erwartet“ mit ihrer Einkommenssituation unzufrieden im Vergleich zu 12% der Gruppe „GS nicht erwartet“. Bei der Frage nach der Zufriedenheit mit dem Lebensstandard sind es 21% im Vergleich zu 8%.

Ein immer häufiger genutztes Maß für Pessimismus bzw. Optimismus ist die subjektive Lebenserwartung (Puri und Robinson, 2007). In SAVE 2010 wurden die Befragten nach der durchschnittlichen Lebenserwartung von Menschen ihrer Kohorte und ihres Geschlechts gefragt und sollten im Verhältnis dazu ihre eigene Lebenserwartung unter Berücksichtigung ihrer

<sup>12</sup> Die entsprechende Frage wird erneut auf einer Skala von 0 bis 10 abgefragt.

persönlichen Situation und ihres Gesundheitszustands angeben. Während 17% der Gruppe „GS nicht erwartet“ glaubt, kürzer zu leben als der Durchschnitt ist der Anteil bei der Gruppe „GS erwartet“ mit über 25% signifikant höher. Dabei unterscheidet sich aber der Anteil derjenigen mit langwierigen Gesundheitsproblemen zwischen den beiden Gruppen nicht. Dies kann als Hinweis auf einen allgemeinen Pessimismus in der Gruppe „GS erwartet“ gesehen werden. Ein interessantes Ergebnis ergibt sich bei der Frage, worauf diese Erwartung beruht. Neben den anzukreuzenden Antwortmöglichkeiten, dass bekannte Krankheiten, die Lebensweise oder der frühe Tod von Verwandten der Grund sei, haben einige Befragte die Kategorie „Sonstiges“ gewählt. In einem offenen Feld haben 10 von 61 Befragten mit Grundsicherungserwartung, Armut bzw. Armut im Alter genannt, während keiner der Befragten in der Vergleichsgruppe diese Antwort gegeben hat. Umgekehrt gaben 11 von 41 Befragten, die diese Option gewählt haben als Grund für ein längeres Leben Optimismus an.<sup>13</sup>

Wir halten fest, dass sich die Personen, die Grundsicherung erwarten hinsichtlich ihrer Einstellungen unterscheiden. Man kann diese Unterschiede so interpretieren, dass die Gruppe, die Grundsicherung erwartet, pessimistischer ist. Die Einstellung wiederum hat Einfluss auf das (ökonomische) Verhalten, z.B. auf das Sparverhalten (Katona, 1968, 1974).

## **7. Gefahr einer sich selbsterfüllenden Prophezeiung durch Fehleinschätzung und Pessimismus**

Fehleinschätzung und Pessimismus sind deshalb problematisch, weil sie das Verhalten der Menschen beeinflussen können und zwar im schlimmsten Fall so, dass sich die negativen Erwartungen selbst erfüllen. Theoretische Arbeiten von Hubbard et al. (1995) und Sefton et al. (2008) zeigen, dass durch soziale Wohlfahrtsprogramme, die einer Bedürftigkeitsprüfung auf Basis des Vermögens unterliegen, dazu führen können, dass Haushalte weniger sparen. Somit besteht ein Anreizproblem, gerade für Geringverdiener. Bütler et al. (2011) zeigen, dass vermögensbasierte Bedürftigkeitsprüfungen eine geringere Nachfrage nach Leibrenten (Annuitäten) zur Folge haben. Die theoretischen Vorhersagen wurden in einer Reihe von empirischen Arbeiten nachgewiesen (z.B. Powers, 1998; Neumark und Powers, 1998). Zudem zeigen Neumark und Powers (2000) sowie Friedberg (2000), dass Einkommens- und Vermögensgrenzen für den Anspruch auf staatliche Unterstützung zu einem reduzierten Arbeitsangebotsverhalten kurz vor Renteneintritt führen.

---

<sup>13</sup> Zu berücksichtigen ist, dass die Frage nach der Lebenserwartung nicht in SAVE 2011 gestellt wurde, sondern in einer früheren SAVE-Befragung. Somit wurden diese Angaben zur Lebenserwartung unabhängig von der Frage nach der Grundsicherungserwartung in SAVE 2011 gegeben

Auch die aktuellen Regelungen bei der Grundsicherung im Alter könnten zu solchen Fehlanreizen führen. So könnte jemand deshalb nicht oder wenig sparen und für das Alter vorsorgen, weil er fälschlicherweise erwartet, im Alter mit seinem Einkommen nicht über das Grundsicherungsniveau hinaus zu kommen. In der Tat wäre Altersvorsorgesparen im Falle eines sicher erwarteten Grundsicherungsbezugs nicht rational im Sinne einer Nutzenmaximierung, da unter der heutigen Regelung Alterseinkommen aus privater Vorsorge auf die Grundsicherung eins zu eins angerechnet werden und das Gesamteinkommen nicht erhöhen würden.

Schätzt man allerdings den zukünftigen Grundsicherungsbezug falsch ein und spart aufgrund des erwarteten Grundsicherungsbezugs nicht genügend, hat man im Alter ein geringeres Einkommen als ohne die Fehleinschätzung. Letztlich kann jemand zwar nicht auf Grundsicherung angewiesen sein, aber aus subjektiven Empfinden trotzdem arm sein. Auch das Arbeitsangebotsverhalten kann durch einen erwarteten Grundsicherungsbezug beeinflusst werden. So lohnt sich z.B. in der GRV der Erwerb zusätzlicher Entgeltpunkte durch eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nicht, wenn die gesetzliche Rente weit unterhalb des Grundsicherungsniveaus liegt, das auch ohne Beiträge zur GRV staatlich garantiert ist. Beitragszahlung zur GRV sind dann zu 100% Steuern und das Arbeitsangebot könnte in Richtung Teilzeitarbeit oder in Richtung nicht sozialversicherungspflichtiger Erwerbstätigkeit wie Selbständigkeit, Mini-Job oder Schwarzarbeit gelenkt werden.<sup>14</sup> Die Fehleinschätzung des Grundsicherungsbezugs kann dann entsprechend zu einer nicht optimalen Arbeitsangebotsentscheidung führen, die dann wiederum die Altersvorsorge beeinträchtigt und zu einem geringeren Einkommen im Alter führt.

In die gleichen Richtung kann Pessimismus wirken: Ein allgemeiner Pessimismus kann sich z.B. in Form von mangelndem Vertrauen in das Rentenversicherungssystem ausdrücken. Dann aber, haben die Beitragszahlungen ebenfalls Steuercharakter, da man für sich selbst vom Rentensystem nichts erwartet.

Insgesamt stellt sich somit die Frage, ob die Personen, die Grundsicherung erwarten, ein im Vergleich zur Gruppe, die keine Grundsicherung erwartet, ein anderes Sparverhalten und Arbeitsmarktverhalten an den Tag legen. Während ein solches „anderes Verhalten“ für denjenigen, der tatsächlich Grundsicherung zu erwarten hat, rational und optimal sein kann, kann es für diejenigen Personen, die Grundsicherung nur deshalb erwarten, weil sie generell

---

<sup>14</sup> Jess (2010) berechnet mit einem Simulationsmodell einen Rückgang des Arbeitsangebots um 10%.

pessimistisch sind und oder weil sie einer Fehleinschätzung unterliegen,<sup>15</sup> zu falschen Entscheidungen führen.

### **Sparverhalten**

Tabelle 1 hat bereits gezeigt, dass Vermögensunterschiede zwischen den beiden Gruppen bestehen. Dies kann auf eine geringere Sparfähigkeit und Sparbereitschaft derjenigen zurückzuführen sein, die es für wahrscheinlich halten, dass sie Grundsicherung beziehen werden. Ein Hinweis auf eine geringere Vorsorgefähigkeit der Gruppe „GS erwartet“ gibt die Frage danach, wie die Haushalte mit ihrem Einkommen ausgekommen sind.<sup>16</sup> Aus der Gruppe „GS nicht erwartet“ gaben 61% an, öfters am Monatsende etwas übrig gehabt zu haben. Bei der Gruppe mit erwartetem Grundsicherungsbezug waren es 36%. Dass das Geld am Monatsende nicht gereicht habe, sagten 17% aus der Gruppe, die Grundsicherung nicht erwartet, aber 38% aus der Gruppe, die Grundsicherung erwartet. Dies reflektiert sicherlich die Unterschiede in Einkommen und Vermögen (vgl. Tabelle 1). Die Antworten der beiden Gruppen bleiben jedoch signifikant unterschiedlich, wenn sie innerhalb einer Einkommensklasse miteinander verglichen werden.

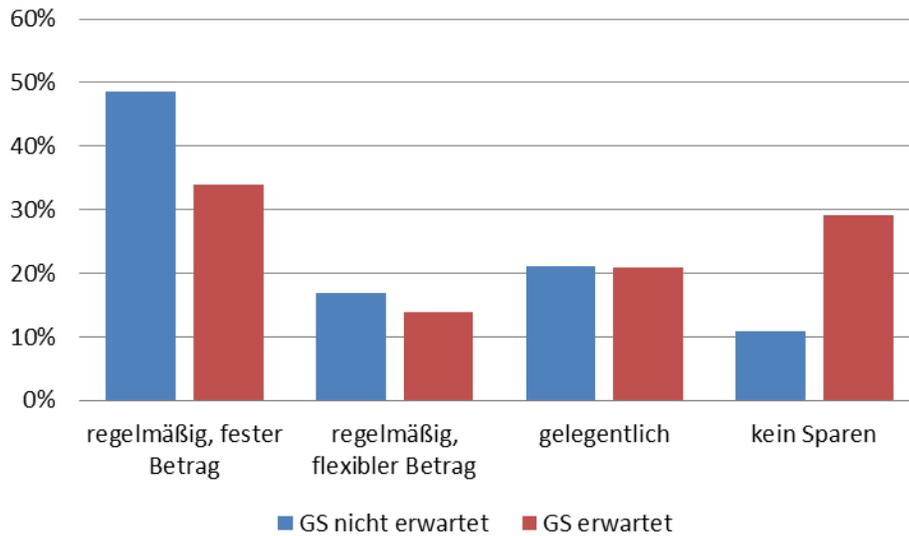
Die Auswertung der Frage nach der Beschreibung des Sparverhaltens zeigt, dass ein signifikant größerer Teil derjenigen, die Grundsicherung nicht erwarten, regelmäßig den gleichen Betrag spart (49% der Gruppe „GS nicht erwartet“ im Vergleich zu 34% der Gruppe „GS erwartet“). Andererseits geben 29% der Personen, die die Grundsicherung erwarten, an, dass sie zum Sparen kein Geld übrig hätten. Aus der Gruppe „GS nicht erwartet“ sind dies nur 11% (vgl. Abbildung 4). Dabei sind die Unterschiede nicht allein auf unterschiedliche Einkommen zurückzuführen. Teilt man die Gruppen in Einkommensquintile ein, bleibt der Unterschied zwischen den Gruppen in den jeweiligen Einkommensklassen bestehen.

---

<sup>15</sup> Da das Kriterium für die Gruppenzugehörigkeit auf unterschiedlichen „Ebenen“ angewendet wird, können sich die beiden Gruppen selbstverständlich überschneiden, so dass eine Person beiden Gruppen angehört.

<sup>16</sup> Die SAVE-Frage lautete: „Wenn Sie einmal zurückdenken, wie Sie und Partner gemeinsam im Durchschnitt des letzten Jahres mit Ihren Einkünften ausgekommen sind: Was trifft am besten auf Sie zu?“ Es gab 4 Antwortmöglichkeiten.

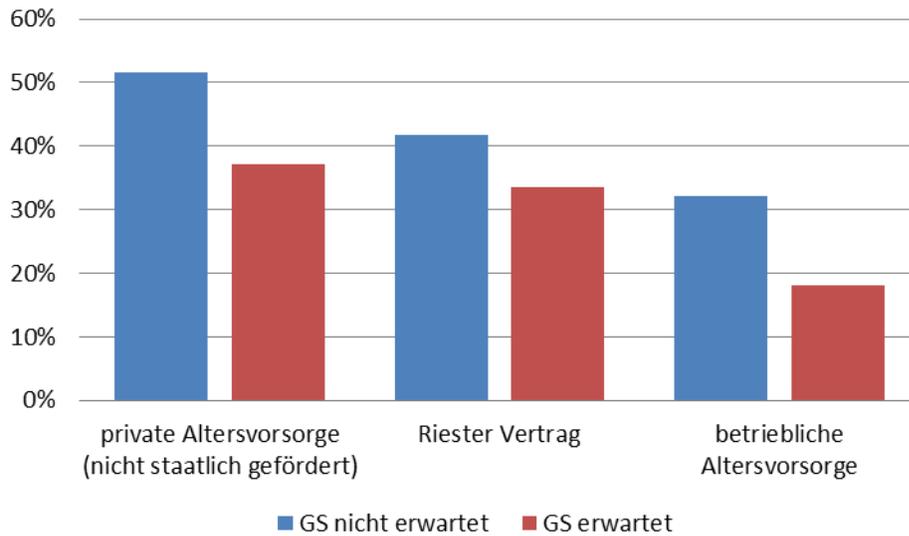
**Abbildung 4: Beschreibung des persönlichen Sparverhaltens – „GS nicht erwartet“ im Vergleich zu „GS erwartet“**



Quelle: SAVE 2011, eigene Berechnungen

Die (empfundene) geringere Vorsorgefähigkeit bei Grundsicherungserwartung spiegelt sich in der Antwort auf die Frage nach den **Vorsorgearten** wider. So haben über 54% derjenigen, die Grundsicherung erwarten, weder eine betriebliche noch eine private Vorsorge. Bei der Gruppe „GS nicht erwartet“ sind es 47%. Die Unterschiede zwischen den Gruppen bleiben über die Vorsorgearten bestehen (vgl. Abbildung 5). Interessanterweise ist die Diskrepanz ausgedrückt in Prozentpunkten am geringsten bei den Riester Verträgen, was wiederum auf die relativ starke staatliche Förderung von Niedrigeinkommensbeziehern zurückzuführen sein könnte. So zeigen Coppola und Reil-Held (2009, S.17), dass der Median-Haushalt im untersten Fünftel der Einkommensverteilung überhaupt kein Finanz-Vermögen hat, außer der Riester-Ersparnis.

**Abbildung 5: Private und betriebliche Altersvorsorge der Haushalte unter 65 Jahre – „GS nicht erwartet“ im Vergleich zu „GS erwartet“<sup>17</sup>**

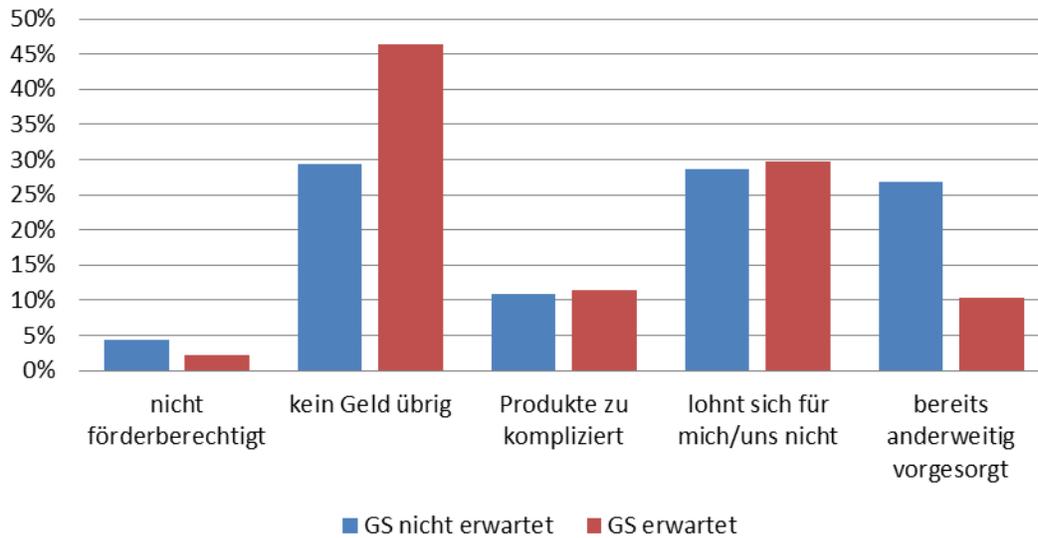


Quelle: SAVE 2010, 2011, eigene Berechnungen

Fragt man hingegen nach den Gründen, warum die förderberechtigten Haushalte keinen Riester-Vertrag haben, spielen bei der Gruppe „GS erwartet“ die mangelnden finanziellen Mittel wieder eine weit größere Rolle als bei der Gruppe „GS nicht erwartet“ (29% im Vergleich zu 46%). Zudem zeigt sich, dass der Gruppe „GS nicht erwartet“ offenbar die Altersvorsorge wichtiger ist, da fast 27% als Grund, warum keine Riester-Vertrag abgeschlossen wurde, eine bestehende anderweitige Vorsorge nennen. Bei der Gruppe „GS erwartet“ sind es nur 10%.

<sup>17</sup> Für die Berechnung des Anteils der Haushalte mit Riester Verträgen, wurden nur förderberechtigte Haushalte betrachtet.

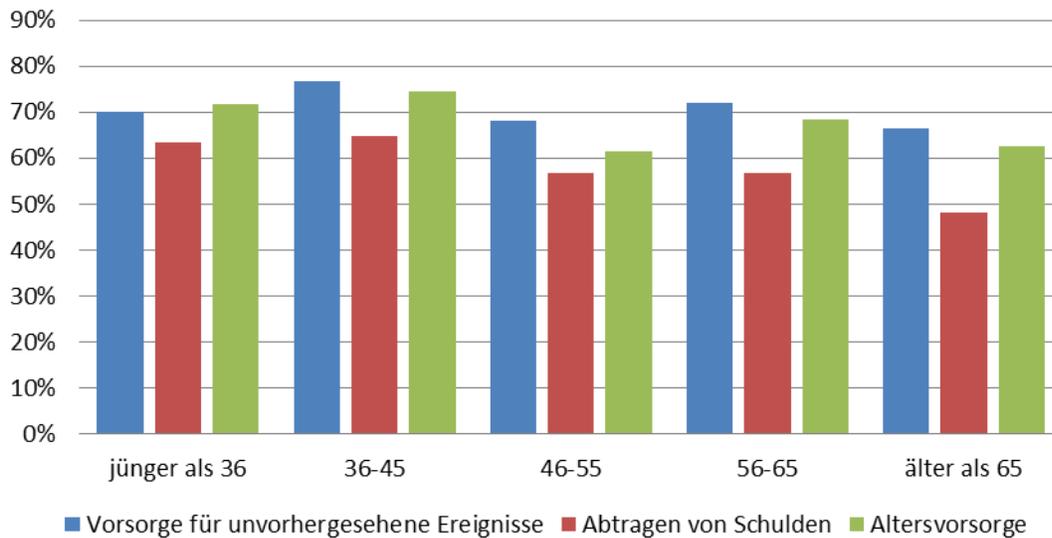
**Abbildung 6: Gründe, warum kein Riester Vertrag besteht – „GS nicht erwartet“ im Vergleich zu „GS erwartet“**



Quelle: SAVE 2011, eigene Berechnungen

Positiv kann gesehen werden, dass auch Personen, die Grundsicherung erwarten, als eines der drei **Hauptsparmotive die Altersvorsorge** angeben (vgl. Abbildung 7). Dies könnte so interpretiert werden, dass sie sich offensichtlich noch nicht mit dem Grundsicherungsbezug abgefunden haben, sondern die Möglichkeit sehen, durch private Altersvorsorge der Grundsicherung zu entgehen. Zugleich bewertet aber ein größerer Anteil in der Gruppe „GS nicht erwartet“ in jeder Altersklasse Altersvorsorge als wichtigen Spargrund, ein Hinweis auf die unterschiedliche Sparbereitschaft zwischen den Gruppen. So stimmen auch knapp 16% in der Gruppe „GS erwartet“ der Aussage in SAVE 2010 zu, es würde sich nicht lohnen, für das Alter zu sparen, da die Zukunft ohnehin unsicher sei. In der Vergleichsgruppe war der Anteil signifikant geringer mit nur 10%.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Haushalte, die den Grundsicherungsbezug mit hoher Wahrscheinlichkeit erwarten, sich im Sparverhalten von denen, die keine Grundsicherung erwarten, unterscheiden. Dies bedeutet nicht, dass die Grundsicherungserwartung ein anderes Sparverhalten verursacht, es zeigt nur, dass die Grundsicherungserwartung mit einem anderen Sparverhalten einhergeht.

**Abbildung 7: Die wichtigsten Spargründe nach Alter für die Gruppe „GS erwartet“**

Quelle: SAVE 2010, 2011, eigene Berechnungen

### **Arbeitsmarktverhalten**

Schließlich wird versucht das Arbeitsmarktverhalten der befragten Personen mit Grundsicherungserwartung zu charakterisieren. So zeigt sich, dass die Gruppe der unter 65-Jährigen, die Grundsicherung erwartet, signifikant weniger in Vollzeit arbeitet als die Gruppe „GS nicht erwartet“ (35% im Vergleich zu 52%). Dagegen ist die Nichterwerbstätigkeit bei den Haushalten mit Grundsicherungserwartung stärker ausgeprägt. Vor allem die Arbeitslosigkeit ist deutlich häufiger zu beobachten (15% „GS erwartet“, 3% „GS nicht erwartet“). Weiterhin weisen diejenigen, die einen Grundsicherungsbezug als nicht wahrscheinlich einstufen, kontinuierlichere Erwerbsverläufe auf. Während 45% der Befragten dieser Gruppe angeben, noch nie arbeitslos gemeldet gewesen zu sein, liegt der Anteil bei der Vergleichsgruppe bei nur 28%.

Hinsichtlich des Verbleibs im Arbeitsmarkt ergeben sich vordergründig keine Unterschiede zwischen den Gruppen. Unabhängig von ihrer Erwartung hinsichtlich der Grundsicherung, denken die Befragten im Durchschnitt, dass sie mit 65 Jahren in Rente gehen werden. Die Unterschiede zwischen den Gruppen bleiben insignifikant, auch wenn eine Unterteilung nach Altersklassen betrachtet wird. Die Antwort zum erwarteten Renteneintrittsalter kann jedoch von unterschiedlichen teilweise gegenläufigen Effekten beeinflusst werden. Zum einen hat ein potentieller Grundsicherungsbezieher eher einen Anreiz, sein Arbeitsangebot einzuschränken und tendenziell früher in Rente zu gehen, weil er durch Arbeit und entsprechende Beitragszahlungen sein Alterseinkommen nicht mehr über das Niveau der Grundsicherung

erhöhen kann, das auch ohne weitere Beitragszahlung staatlich garantiert ist. Dem kann jedoch entgegenstehen, dass die Eingangsvoraussetzungen für einen Frührentenbezug (z.B. 35 Versicherungsjahre) nicht erfüllt werden. Zudem ist der Bezug von Grundsicherung im Alter (ohne dass man die gesundheitlichen Voraussetzungen für die Erwerbsminderung aufweist) nur ab dem gesetzlichen Renteneintrittsalter möglich.

Ingesamt ist bedeutend, dass es auch hinsichtlich des Arbeitsmarktverhaltens Unterschiede zwischen den beiden Gruppen gibt. Dass dieses Arbeitsmarktverhalten sowohl Folge als auch Ursache des Grundsicherungsbezugs sein kann, liegt auf der Hand.

## **8. Fazit und sozialpolitische Schlussfolgerungen**

Eine Zunahme der Altersarmut in Deutschland wird weithin von Gesellschaft und Politik erwartet, eine Erwartung, die auch die SAVE-Befragten zeitigen. Auf die konkrete Frage, mit welcher Wahrscheinlichkeit sie für sich selbst erwarten, im Alter auf Grundsicherungsleistungen angewiesen zu sein, geben 38% der Haushalte an, dass die Wahrscheinlichkeit des Grundsicherungsbezugs hoch sei.

Es zeigt sich jedoch, dass ein großer Teil dieser Haushalte, die Grundsicherung erwarten, in ihrer Einschätzung gemäß ihren früheren Angaben zu Rentenansprüchen und Vermögen falsch liegen und mit großer Wahrscheinlichkeit die Kriterien für eine Berechtigung auf Grundsicherung im Alter nicht erfüllen werden. Dies birgt eine Gefahr. Denn Personen bzw. Haushalte mit einer solchen Fehleinschätzung könnten sich so verhalten wie die tatsächlichen künftigen Grundsicherungsbezieher und mit diesem Verhalten falsche Entscheidungen hinsichtlich des Altersvorsorgeparens und Arbeitsangebots treffen. Dies kann letztlich dazu führen, dass sich ihre falsche Erwartung zwar nicht erfüllt, aber doch dahingehend realisiert, dass sie im Alter ein schlechteres Auskommen haben, als sie es hätten, wenn sie der Fehleinschätzung nicht unterlegen wären.

Dieser Zusammenhang ist ein Grund zu untersuchen, ob sich die Gruppe, die Grundsicherung erwartet, signifikant von der Gruppe, die keine Grundsicherung erwartet, unterscheidet, sowohl hinsichtlich bestimmter Einstellungen, als auch hinsichtlich des (ökonomischen) Verhaltens. Eine wichtige Einstellung ist dabei Pessimismus bzw. Optimismus. Denn eine pessimistische Einstellung könnte z. B. mit einem anderen Vorsorgeverhalten einhergehen. Tatsächlich lässt sich feststellen, dass die Gruppe „GS erwartet“ pessimistischer ist als die Gruppe „GS nicht erwartet“.

Pessimismus und Fehleinschätzung sind zwar unterschiedlich gelagerte Eigenschaften, sie können aber beide zu einer geringeren Altersvorsorge führen. Die Untersuchung zum Sparverhalten zeigen dann auch, dass die Haushalte, die Grundsicherungsbezug erwarten, weniger sparen und weniger für das Alter vorsorgen, wobei die Analyse keine Aussagen über kausale Zusammenhänge zulässt. Die Unterschiede lassen sich aber nicht allein auf eine fehlende Sparfähigkeit im Vergleich zu der Gruppe „GS nicht erwartet“ zurückführen, sondern weisen auf eine unterschiedlich ausgeprägte Sparbereitschaft hin. Auch hinsichtlich des Arbeitsmarktverhaltens ergeben sich entscheidende Unterschiede.

Die sozialpolitischen Schlussfolgerungen sind hinsichtlich Pessimismus und Fehleinschätzung unterschiedlich. Fehleinschätzungen können am besten durch Informationen und Aufklärung begegnet werden. Dazu gehört eine objektive Berichterstattung in den Medien, Aufklärung über die Höhe der Grundsicherung sowie über die Höhe der gesetzlichen Rente. Hier wird mit der Renteninformation bereits der richtige Weg beschritten. Zu prüfen wäre, ob zusätzliche Information bereitgestellt werden sollten, wie sich die bereits erworbenen Rentenansprüche im Vergleich zum durchschnittlichen Niveau der Grundsicherung verhalten. Dies würde Auskunft darüber geben, ob jemand schon allein aufgrund der gesetzlichen Rente keinen Grundsicherungsanspruch hat. Dies kann zum einen die gewünschte Wirkung haben und Fehleinschätzungen entgegenwirken. Zum anderem besteht aber die Gefahr, dass diejenigen, die noch weit vom Grundsicherungsniveau entfernt sind, ihre Anstrengungen sowohl hinsichtlich Altersvorsorge als auch hinsichtlich des Arbeitsangebots vermindern. Dem Pessimismus dürfte dagegen schwerer zu begegnen sein. Hier muss Vertrauen in die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Allgemeinen und das Rentensystem im Besonderen geschaffen werden.

Bei allen Fehleinschätzungen und Pessimismus muss aber auch die weit verbreitete Befürchtung, dass die Altersarmut zunehmen könnte – wofür es zwar noch keine belastbaren Beweise, zumindest jedoch objektive Indizien gibt – ernst genommen werden. Maßnahmen, die die Altersarmut an der Wurzel bekämpfen (geeignete Bildungspolitik, Arbeitsmarktpolitik, Integrationspolitik und Wachstumspolitik) sind dabei bedeutender als diejenigen Maßnahmen, die an der Bekämpfung der Symptome ansetzen. Leider wurde mit dem Rentenpaket des BMAS<sup>18</sup> nur letzteres aufgegriffen.

---

<sup>18</sup> Vgl. dazu Gasche et al. (2012)

## Literatur

- Arent, S. und Nagel, W. (2012). A Fragile Pillar: Statutory Pensions and the Risk of Old-Age Poverty in Germany. *FinanzArchiv: Public Finance Analysis*, 66(4), 419-441.
- Börsch-Supan, A., Coppola, M., Essig, L., Eymann, A. und Schunk, D. (2009). The German SAVE Study: Design and Results, *MEA Study 5*.
- Börsch-Supan, A., Coppola, M. und Reil-Held, A. (2012) Riester Pensions in Germany: Design, Dynamics, Targeting Success and Crowding-In. In: Matching Defined Contributions (MDC) Schemes: Role and Limits to Increase Coverage in Low and Middle Income Countries, ed. Holzmann, R., Hinz, R., Takayama, N., Tuesta, D. The World Bank, Washington D.C.
- Börsch-Supan, A., Gasche, M. und Lamla, B. (2013). Zukünftige Altersarmut in Deutschland – Ein lösbares Problem!? *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 2013(2), 1-7.
- Browning, M. und Lusardi, A. (1996). Household Saving: Micro Theories and Micro Facts. *Journal of Economic Literature*, 34(4), 1797-1855.
- Bütler, M., Peijnenburg, K. und Staubli, S. (2011). How Much Do Means-Tested Benefits Reduce the Demand for Annuities? *CESifo Working Paper 3494*.
- Caver, CS., Scheier, MF. und Segerstrom, SC. (2010). Optimism. *Clinical Psychology Review*, 30(7), 879-89.
- Cooper, M. (1978). An exact probability test for use with Likert-type scales. *Educational and Psychological Measurement*, 36, 647-655.
- Coppola M. und Reil-Held A. (2009). Dynamik der Riester-Rente: Ergebnisse aus SAVE 2003 bis 2008. *MEA Discussion Paper 2009-195*.
- Ehler, J. und Haak, C. (2011). Riester-Sparen – Eine Frage des Vertrauens? *Deutsche Rentenversicherung*, 66(4), 469-490.
- Friedberg, L. (2000). The Labor Supply Effects of the Social Security Earnings Test. *The Review of Economics and Statistics*, 82(1), 48-63.
- Gasche, M. (2012). *Bonusrente statt Zuschussrente*. *Wirtschaftsdienst*, 92(9), 605-612.
- Gasche, M., Haupt, M., Kluth, J., Rausch, J. und Börsch-Supan, A. (2012). Ökonomische Analyse des Rentenreformpaketes der Bundesregierung. *MEA Discussion Paper 256-2012*.

- Gasche, M. und Ziegelmeyer, M. (2010): Hat die Finanz- und Wirtschaftskrise Verbreitung und Volumen der Riester-Rente beeinflusst? *Wirtschaftsdienst*, 90(4), 255-261.
- Geyer, J. und V. Steiner (2010). Künftige Altersrenten in Deutschland: Relative Stabilität im Westen, Rückgang im Osten. *DIW Wochenbericht*, 2010-11, 2-11.
- Guiso, L. (2010): A Trust-driven Financial Crisis. Implications for the Future of Financial Markets. *EUI Working Paper* 07-2010.
- Hubbard, G., Skinner, J. und Zeldes, S. (1995). Precautionary Saving and Social Insurance. *Journal of Political Economy*, 103(2), 360-399.
- Jess, H. (2010). Ökonomische Aspekte einer Erwerbstätigenversicherung. *Wirtschaftsdienst*, 5, 332-339.
- Katona, G. (1968). Consumer behavior: Theory and findings on expectations aspirations. *American Economic Review*, 58(2), 19-30.
- Katona, G. (1974). Psychology and consumer economics. *Journal of Consumer Research*, 1(1), 1-8.
- Kemper, C., Beierlein, C., Kovaleva, A. und Rammstedt, B. (2012) Eine Kurzsкала zur Messung von Optimismus-Pessimismus. *GESIS Working Paper* 15-2012.
- Krumpmann, I., Guehne, M. und Buscher, H. (2012). Armut im Alter – Ursachenanalyse und eine Projektion für das Jahr 2023. *Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik*, 232(1), 61-83.
- Lusardi A. und Mitchell, O. (2011). Financial literacy around the world: an overview. *Journal of Pension Economics and Finance*, 10(4), 497-508
- Neumark, D. und Powers, E. (1998). The Effect of means-tested income support for the elderly on pre-retirement saving: evidence from the SSI program in the U.S. *Journal of Public Economics*, 68(2), 181-206.
- Neumark, D. und Powers, E. (2000). Welfare for the elderly: the effects of SSI on pre-retirement labor supply. *Journal of Public Economics*, 78(1), 51-80.
- Powers, E. (1998). Does means-testing welfare discourage saving? Evidence from a change in AFDC policy in the United States. *Journal of Public Economics*, 68, 33-53.
- Puri, M. und Robinson, D. (2007). Optimism and economic choice. *Journal of Financial Economics*, 86, 71-99.

- Sefton, J., van de Ven, J. und Weale, M. (2008). Means Testing Retirement Benefits: Fostering Equity or Discouraging Savings? *The Economic Journal*, 118, 556-590.
- Schreier, M. und Carver, C. (1985) Optimism, coping, and health: Assessment and implications of generalized outcome expectancies. *Health Psychology*, 4, 219-247.
- Schunk, D. (2008). A Markov Chain Monte Carlo Algorithm for Multiple Imputation in Large Surveys. *Advances in Statistical Analysis*, 92, 101-114.
- Ziegelmeier, M. (2009). Documentation of the logical imputation using the panel structure of the 2003-2008 German SAVE survey. *MEA Discussion Paper 173-2009*.

## Anhang

33. Wenn Sie einmal alle Ihre (zukünftigen) Alterseinkommen und Ihr Vermögen berücksichtigen:  
Wie hoch schätzen Sie das Risiko ein, in Zukunft auf Grundsicherung im Alter angewiesen zu sein?

*Grundsicherung im Alter erhalten Personen ab 65 Jahren mit geringem Haushaltseinkommen und Vermögen.  
Bitte beantworten Sie die Frage auch, wenn Sie und/oder Ihr(e) Partner(in) sich im Ruhestand befinden.*

	<b>ganz und gar unwahrscheinlich</b>		<b>ganz und gar wahrscheinlich</b>	<i>trifft nicht zu, Grundsicherung wird bereits bezogen</i>								
Sie selbst.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>								
	0%	10%	20%	30%	40%	50%	60%	70%	80%	90%	100%	
Ihr(e) Partner(in).....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	0%	10%	20%	30%	40%	50%	60%	70%	80%	90%	100%	